

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1914**

35 (11.2.1914) Erstes Blatt

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: 75 J., vierteljährlich 2,25 M.; abgeholt monatlich 85 J.; am Posthalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr. Postcheckkonto Nr. 2660. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, ober deren Raum 20 J. Lokalinserte billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gerd & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

### Konfession ist Privatsache!

Am Sonntag hat man gleich an zwei Stellen gegen den Papst und gegen den Kardinal Kopp protestiert. In Berlin tagte der Reichsausschuß der Zentrumspartei und in Bockum waren unter der Firma einer Delegiertenkonferenz katholischer Arbeiter Westdeutschlands die Vertreter der Christlichen Gewerkschaften versammelt.

Aber wir haben uns nicht ganz korrekt ausgedrückt: zum mindesten die Resolutionen, die der Öffentlichkeit bekannt gegeben worden sind, richten sich weder gegen Seine Heiligkeit noch gegen Seine Eminenz, sondern bewegen sich in den allgemeinen Redewendungen, die man seit langem bei der Zentrumspartei sowohl wie bei den Christen gewöhnt ist. Es wird von den Quertreibern und den Quertreibern gesprochen, die Arbeiterkündigung erwähnt außerdem noch die „integralen“ Katholiken. Nirgendwo wird das Kind beim rechten Namen genannt, und man gibt sich frampfhaft Mühe, die Fiktion aufrecht zu erhalten, als seien es irgendwelche scheußliche Käse, die der Zentrumspartei und der christlich-nationalen Arbeiterbewegung Steine in den Weg legen. Es ist die alte Geschichte: man meint den Papst und schlägt auf den Grafen Oppersdorf.

Zunehmend muß anerkannt werden, daß die Grundgebung des Reichsausschusses der Zentrumspartei — sie ist die weitaus wichtigste von den beiden — eine recht deutliche Abtaste an die Kurie und an die sonstigen Gegner der sogenannten Kölner Richtung in der römischen Hierarchie bedeutet. So scharf ist von einer maßgebenden Instanz des Zentrums noch niemals der rein politische Charakter der Partei betont worden. Der Kölner Julius Bachem konnte am Sonntag einen Triumph feiern, denn seine Parole: „Wir müssen aus dem Turm heraus“ ist als die offizielle Parteiparole anerkannt worden. Der Reichsausschuß begnügt sich in dem Aufruf, den er an die Mitglieder der Partei erläßt, nicht mit der einmaligen Feststellung, daß das Zentrum eine politische Partei sei; damit nur ja keine Zweifel mehr möglich sind, wird diese Versicherung wiederholt: Grundsätzlich ist das Zentrum nicht-konfessionell.

Zwar weisen die zu Berlin versammelten Führer auf die großen Verdienste hin, die sie und ihre Vorgänger im Parlament sich um die katholische Kirche in Deutschland erworben haben, und sie versprechen, im Geiste der Gründer der Partei, der Reichensperger, Malinkrodt, Windthorst usw. in derselben Richtung weiter zu arbeiten. Aber sie legen umständlich auseinander, daß diese Kirchenpolitik ihre Wurzeln nicht etwa in dem katholischen Charakter des Zentrums habe, sondern dem Programm einer Partei entspreche, die den Schutz und die volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger anstrebe. Man habe die Zugehörigkeit zur Partei niemals von der Angehörigkeit zum katholischen Glaubensbekenntnis abhängig gemacht und so solle es auch in Zukunft gehalten werden, da ein solches Zusammenwirken katholischer und nichtkatholischer Männer ein wertvolles Unterpfand für die Förderung des Friedens unter den christlichen Konfessionen sei.

Mit anderen Worten: Konfession ist Privatsache! Auch wenn Pius X. in dem Aufruf mit keinem Wort erwähnt ist, so wird ihm mit diesem Bekenntnis doch der Fehdehandschuh hingeworfen, und man darf nun auf seine Antwort gespannt sein. Nach allem, was man von dem Papste weiß, nach all seinen Kundgebungen, seinen Enzykliken so gut wie seinen privaten Schreiben, darf ohne weiteres angenommen werden, daß er von der Berliner Resolution sehr wenig erbaut sein wird. Die Frage ist nur, ob er den Mut besitzt, es auf einen offenen Kampf ankommen zu lassen. Mag er es, so kann der Augenblick eintreten, in dem der Reichsausschuß sein forschendes Vorgehen noch einmal bereuen wird. Die Bachemiten wagen ein hohes Spiel, denn womit wollen sie die verschiedenartigen Elemente der Partei auf die Dauer beieinanderhalten, wenn Kom sich zu ihr in einen direkten und ausgeprochenen Gegensatz stellt? Das allgemeine christliche Band ist nur solange stark genug, als das Einverständnis des Heiligen Stuhles vorhanden ist. Fehlt dieses, forbert das Haupt der katholischen Kirche von den Gläubigen auch im politischen Leben die absolute Unterwerfung unter die besondere katholische Sittenlehre, so wird es nicht möglich sein, die Katholiken bei einer Partei zu halten, die die Konfession für Privatsache erklärt.

Herr Julius Bachem in Köln ist viel zu klug, um das nicht zu wissen und wenn man seine Politik verstehen will, muß man sich vor Augen halten, daß seine Ablehnung des konfessionellen Charakters der Partei ihre positive Ergänzung in dem Streben findet, aus dem Zentrum die eigentliche staatsbehaltende und Regierungspartei zu machen, die den Verlust der integralen Katholiken durch den Gewinn integraler Kapitalisten ausgleicht. Er will aus dem Turm heraus, nicht weil er auf Grund irgendwelcher ethischen Erwägungen die konfessionelle Absonderung und die kon-

fessionelle Geze bedauert und verurteilt, sondern weil er nur so zu einer Zusammenfassung aller jener Kräfte gelangen zu können glaubt, mit denen sich ein erfolgversprechender Kampf gegen den Sozialismus und gegen die Demokratie führen läßt. Unter Ablehnung des spezifisch junkerlich-ökstischen Konfessionsbegriffes wollen die Anhänger der Bachemischen Richtung aus dem Zentrum jene Partei der Besitzenden machen, die die bestehende Gesellschaftsordnung und die bestehende Staatsform mit aller Kraft und Rücksichtslosigkeit verteidigt. Deshalb das lebhafteste Bestreben dieser Leute, die Beziehungen zu den Konserbativen zu erhalten und gleichzeitig die Nationalliberalen noch immer mehr zu sich herüber zu ziehen, deshalb die ständig erneuerte Aufforderung zum gemeinsamen Feldzug gegen die Sozialdemokratie.

An diesem Punkt aber beginnt das besondere Interesse der Arbeiter innerhalb und außerhalb der christlichen Gewerkschaften. Indem die Zentrumspartei sich gebärdet, als helfe sie die Stellung der Christen gegenüber den Ansprüchen der Kurie verteidigen, will sie die katholischen Arbeiter doch nur für ihre antisozialen Zwecke gewinnen. Das beweist im übrigen eine Stelle des Berliner Aufrufs deutlich genug. „Alle Mitglieder der Partei“, so heißt es da, „müssen von der Ueberzeugung durchdrungen sein, daß gegenüber der stetig wachsenden Macht der staats- und religionsfeindlichen Sozialdemokratie die christlich-nationale Arbeiterbewegung nur dann voll zur Geltung kommen kann, wenn alles hinten gehalten wird, was ihre Einigkeit und ruhige Entwicklung gefährdet.“ Hier wird mit einer Offenheit, wie sie nur in gewissen Äußerungen aus der Zeit, die der Gründung der christlichen Gewerkschaften voranging, ihre Beispiele hat, zugestanden, was die christlichen Organisationen dem Zentrum sind und sein sollen: der Sturmbock gegen die Sozialdemokratie, die Avantgarde im Kampfe der unter der schwarzen Fahne geeinigten Ordnungsparteien gegen den politischen und sozialen Fortschritt.

### Deutsche Politik.

Immer feste dran!

Ein Beamter soll die Sozialdemokratie auf alle Art bekämpfen; diesen Grundsatz hat der Disziplinartrat des preussischen Obergerichtspräsidenten von neuem aufgestellt. In einer Landgemeinde war infolge der Stimmenthaltung des Gemeindevorsteher ein Sozialdemokrat in die Schulkommission gekommen. Eine Anzeige gegen den Gemeindevorsteher hatte die Einleitung des Disziplinarverfahrens zur Folge. Der Disziplinartrat des Obergerichtspräsidenten sah von einer Dienstentlassung des Gemeindevorsteher ab, verurteilte ihn jedoch zu einer Disziplinarstrafe in Höhe von 30 M.

Der Senat ging nach einer Mitteilung des „Berliner Lokalanzeigers“ von folgenden Erwägungen aus: „Der Gemeindevorsteher mußte sich von vornherein bei einer Wahl von Schulorganen, die zugleich als solche Staatsorgane seien, sagen, daß eine Stimmenthaltung den Eintritt sozialdemokratischer Mitglieder in das Kollegium ermöglichen könnte. Wenn er dies zu verhindern unterlassen habe, indem er sich der Stimme enthielt, lasse dies einen bedauerlichen Mangel an politischem Scharfblick erkennen, denn als Beamter hätte er auf jeden Fall durch seine Stimme verhindern müssen, daß Feinde der heutigen Gesellschaftsordnung und des Staates auf die Schule, die die Kinder nicht nur für den Lebensweg vorbereiten, sondern sie auch zu monarchisch gesinnten Menschen erziehen solle, bestimmenden Einfluß gewinnen. Seine Pflicht wäre es gewesen, selbst wenn der bürgerliche Kandidat ihm persönlich ungeeignet erschien, diesen zu wählen. Es wäre nach der Wahl immer noch Zeit genug gewesen, seine etwaigen Bedenken an die Aufsichtsbehörde weiter zu geben. Es könne ihm auch nicht als Entschuldigung angerechnet werden, daß er bei seiner Stimmenthaltung von dem Gedanken ausging, eine etwaige Wahl sozialdemokratischer Mitglieder würde durch die Aufsichtsbehörde doch nicht bestätigt werden.“

So wird die Selbstverwaltung der Gemeinden Stück um Stück zunichte gemacht und die Gemeindebeamten sind nach dem vorstehenden Urteil nicht mehr die Konjulen der Gemeinden, sondern die willenlosen Werkzeuge der Reaktion.

### Der Schwarzburg-Rudolstädter Landtag

wurde am Montag zu einer außerordentlichen Tagung eröffnet. Die Regierung mahnt dringend an die Erledigung der Vorlage über den Bau des Landesfrankenbaues, die in der vorigen Tagung unerledigt geblieben ist. Seit einer Reihe von Jahren sind sich Landtag und Regierung darüber einig, daß die Landesheil- und Pflegeanstalt den Anforderungen der Gegenwart nicht mehr genügt und daß sie durch einen Neubau ersetzt werden muß. Besonders ist die gegenwärtige Anlage unzureichend bei Ausbruch von Seuchen und Epidemien. Uneinig sind sich die Abgeordneten nur in der Maßfrage. Da jedoch die sozialdemokratische Fraktion immer noch die Hälfte der Mandate inne-

hat und für die Regierungsvorlage eintritt, so scheint diese gesichert. Ferner ist dem Landtage eine Vorlage über die Beaufsichtigung der Gemeinde- und Privatwaldungen zugegangen. Die durch Reichsgesetz festgelegte Zuwachssteuer soll durch eine Gesetzesvorlage dem Staat und den Gemeinden überwiesen werden.

### Fünf Jahre Zuchthaus wegen Fahnenflucht.

Am 6. Februar verurteilte das Kriegsgericht der 16. Division in Trier einen Soldaten, den Musketier Bistor aus Frankfurt a. M., zu fünf Jahren Zuchthaus. Bistor ist verheiratet und Vater von sechs Kindern. Im Jahre 1902 wurde er als sogenannter Unsicherer eingestellt, desertierte aus Furcht vor Strafe, weil er eines Tages eine halbe Stunde zu spät in die Kaserne gekommen war und fiel auf seiner Flucht Werbem der Fremdenlegion in die Hände. Dort mußte er fünf Jahre abdiene. Dann kehrte er freiwillig zurück und erhielt 7 Monate Gefängnis. Raum von der Festung zurück, desertierte er zum zweiten Mal. Er hatte vor seiner Einstellung 1902 schon geheiratet und mehrere Kinder zu ernähren und erklärt nun, er habe nicht ertragen können, daß seine Frau und Kinder in Not und Elend dahinlebte. Er sei fahnenflüchtig geworden, um für seine Familie zu sorgen, und daß das keine Ausrede war, geht daraus hervor, daß er selbst von seiner fargen Wohnung seine Familie noch unterstützte. Er wurde nach der zweiten Desertation wieder festgenommen und erhielt 1 Jahr Gefängnis, welche Strafe er auch verbüßt hat. Er wollte jetzt seine Dienstzeit regulär beenden und bemühte sich, von der Stadt Frankfurt eine angemessene Unterstützung für seine Frau und Kinder zu erlangen. Das gelang ihm aber nicht und deshalb desertierte er zum dritten Male und ging ins Ausland. Freiwillig kehrte er schließlich zurück, da es ihm nicht gelang, die Frau mit den Kindern ins Ausland zu bringen, und wurde nun zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Gericht mußte selbst anerkennen, daß der Angeklagte aus edlen und durchaus anständigen Motiven gehandelt habe, aber dennoch — fünf Jahre Zuchthaus.

### Kirchenaustrittsbewegung.

Im Königreich Sachsen hat die Kirchenaustrittsbewegung festen Fuß gefaßt und findet das lebhafteste Interesse der ganzen Bevölkerung. Es fanden große Versammlungen statt in Dresden, Leipzig-Sellerhausen, Stötteritz, und am 6. Februar 3 Versammlungen in Leipzig selbst. Trotz der überaus großen Schwierigkeiten für den Austritt in Sachsen nehmen die Austritte ständig zu, und die Bewegung wird nicht mehr zur Ruhe kommen. — Massenaustritte auf dem Lande ereignen sich in der letzten Zeit immer häufiger. Neulich erfuhr man von dem Austritt eines ganzen heftigen Dorfes; jetzt berichten ostpreussische Zeitungen davon, daß in einem neu gegründeten Ansfiedlerdorf Gerdaun etwa 30 Familien aus der Kirche ausgeschieden sind.

### Zur Witwen- und Waisenversicherung.

Eine Anklageschrift, wie sie scharfer und vernichtender kaum gedacht werden kann, bildet in diesem Jahr die Nachweisung über die Rechnungsergebnisse der Träger der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Ganz normal hat sich freilich der alte Teil der Versicherung entwickelt. Die Zahlungen für Invalidenrenten sind um rund 7 1/2 Millionen Mark, für Krankenrenten um 24 000 M. gestiegen und die Ausgaben für Altersrenten um mehr als 400 000 M. zurückgegangen. Die letzte Ercheinung ist darauf zurückzuführen, daß alte Leute Anspruch auf Invalidenrente geltend machen, weil die Invalidenrente ihrer Arbeitsfähigkeit so weit gesunken sind, daß man ihnen Invalidenrente gewähren muß.

Neu hinzugekommen sind die sogenannten Hinterbliebenenrenten und das Wittwengeld und die Waisenaussteuer. Und doch weist die Schlussrechnung seit Bestehen der Versicherung zum ersten Male einen Rückgang in den Ausgaben nach.

1911 wurden ausgegeben:	
an Renten	168 973 704,22 M.
an einmaligen Leistungen	10 246 469,70 M.
	179 220 173,92 M.
Für 1912 sind aber folgende Zahlen verzeichnet:	
Ausgaben für Renten	176 659 892,20 M.
an einmaligen Leistungen	1 969 805,09 M.
	178 629 697,29 M.

Die Versicherten haben also 1912 580 476,63 M. weniger erhalten als im Jahre 1911. Dabei ist der Reichszuschuß gestiegen. Dieser betrug im Jahre 1911 53 283 120,70 M. und im Jahre 1912 aber 54 292 879,58 M. und ist um 1 009 758,88 M. höher als im Vorjahre. Die Ausgaben der Versicherungsträger sanken um 1 590 235,48 M.

Das ist durch die Einführung der Hinterbliebenenversicherung herbeigeführt. 1911 wurden an Beitragsleistung 10 246 469,90 M. ausbezahlt. Dieser Teil der alten Versicherung ist in Wegfall gekommen, weil man das Geld zur Durchführung der Hinterbliebenenversicherung ge-

brauchte. Für solche Frauen, die sich 1911 bereits verheiratet hatten, oder Krüppel, die 1911 verunglückt oder Familienväter, die 1911 verstorben waren, wurden 1912 noch 769 590 Mf. Beitragserstattung ausgegeben. Aber an Witwen- und Waisenrente gab man 1912 nur 1 048 870 Mf. Im Jahre 1911 hatte sie durch die Beitragserstattung 4 050 108 Mf. gehabt, 1912 hatten sie zusammen mit der Beitragserstattung nur 1 818 460 Mf. Durch die Witwen- und Waisenversicherung also nicht einmal die Hälfte, die sie ohne diese Versicherung gehabt haben.

Dabei wurden durch die Beitragserhöhung 64 Mill. Mf. an Beiträgen mehr erhoben als im Jahre 1911. Als bei Beratung der Reichsversicherungsordnung unsere Genossen diese Wirkung voraussetzten, und die ganze Gesundheit entlarvten, wobei der Ausdruck Witwen- und Waisenversicherung gebraucht wurde, da schrien die Gesundheitler aus den Reihen der bürgerlichen Parteien. Jetzt möge man sie fragen, ob sie diese Wirkung des Gesetzes gemollt haben?

### Ausland.

#### Amerika.

**Amerikanische Kinderbeschäftigung.** Ueber die Notwendigkeit des Kinderschutzes durch Bundesgesetzgebung und die Wirkungslosigkeit der bisherigen einzelstaatlichen Schutzgesetze sprach Frau Florence Kelley, die frühere vortreffliche Gewerbeinspektorin des Staates Illinois, jüngst in einer Versammlung der Konventionen. Sie erklärte, alles Geld und alle Arbeit, die man für den Schutz der Kinder bisher geopfert habe, seien vergeblich. Man hätte ebensogut seine Zeit mit Romanen verbringen können. Auf der einen Seite haben wir die Photographien von sechs jährigen Mädchen, die in Spinnereien an der Maschine arbeiten, von siebenjährigen Knaben, die in Fabriken arbeiten — auf der anderen Seite in einigen Staaten Muster einer verlogenen Gesetzgebung, die die Lage der Kinder schlimmer gestaltet, als wenn gar keine Schutzgesetze da wären. Unter dem Vorzeichen, die Kinder in jartem Alter vor der Arbeit zu schützen, gestattet das Gesetz tatsächlich die Arbeit der Kinder jedes Alters unter der Maske des Lehrlings. Die frühere staatliche Fabrikinspektorin von Illinois, Helen Todd, sprach im selben Sinne. Sie erklärte, sie habe ihre Stellung aufgegeben, weil sie sich überzeugt habe, daß das Gesetz und seine Anwendung völlig außerstande seien, die Kinder zu schützen.

**Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten.** Im Repräsentantenhaus verlas ein Abgeordneter den Brief des Präsidenten der Baldwin-Lokomotivfabriken in Philadelphia, wonach dort vor einem Jahre 19 399, am 1. Juli 17 806, am 1. Oktober 14 236 und am 28. Dezember noch 10 464 Arbeiter beschäftigt wurden. Aus Baltimore wird gemeldet, daß die großen Schmelzöfen der Maryland-Stahlwerke zum erstenmal seit 17 Jahren still liegen. Nur im Schiffbau-Departement wird noch mit halber Leistungsfähigkeit, d. h. mit 2000 bis 3000 Arbeitern weiter gearbeitet. — Bei Beratung der Vorlage betr. Bahnbauten in Alaska forderte im Senat Senator Voraß die Bewilligung von 50 Millionen Dollar für Demersierungsarbeiten in den Weststaaten. In den Pacificstaaten seien 100 000 Arbeitslose. Er verlas Depeschen, wonach es in San Francisco 20 000, in Los Angeles gar 35 000 Arbeitslose gebe. Die Arbeitslosen in Oregon haben sich an den Landtag mit einem Gesuch um Beschaffung von Arbeitsgelegenheit gewandt.

#### Süd-Afrika.

Die von der Regierung Südafrikas in Permanenz durchgedrückte Indemnitätsbill genehmigt zugleich die Deportation der Arbeiterführer und verbietet deren Rückkehr ins Land. In der Begründung wird ausgeführt, daß diese Arbeiterführer unter den Lohnarbeitern des Landes Unfrieden gestiftet, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Streit herbeigeführt hätten usw. Die Regierung ließ erklären, daß die Familien der Deportierten diesen auf Wunsch auf Staatskosten nachgesandt werden würden.

Die englische Arbeiterpartei hat sich getreu dem auf ihrem Kongresse erhaltenen Auftrage sofort mit der Regierung in Verbindung gesetzt, damit die südafrikanische Behörde für ihr ungeschickliches Vorgehen zur Rechenschaft gezogen werde. Ob sie damit bei der Reichsregierung viel Glück haben wird, bleibt trotz der scheinbaren Empörung aller liberalen Kreise sehr zweifelhaft. — Soeben wird bekannt, daß sogar alle Telegramme nach Südafrika der englischen Zensur unterworfen werden und die englische Postbehörde erklärt, für die Beförderung von Telegrammen nach Südafrika keine Garantie übernehmen zu können.

### Tantchen Rosmarin,

oder: Alles verkehrt.

2 Humoreske von Heinrich Haffke.

(Fortsetzung.)

#### Kleine Verlegenheiten.

Tantchen fand sich durch die Aufmerksamkeit des Herrn Bürgermeisters sehr geschmeichelt, mit welchem sie nur in entfernten Verhältnissen stand. Auch die Beobachtung der schicklichen Formen hatte ihr das Herz gewonnen. Mit dem allen waren noch nicht gesamte Schwierigkeiten gehoben. Darüber mußte Familienrat gehalten werden.

Die Tante fand es nämlich sehr bedenklich, Suschen auf irgend eine Weise mit den jungen Herrn von Waiblingen in einige nähere Verbindung zu bringen. Denn erstens war Suschen über siebzehn Jahre alt, worin die kleine zwar gar nichts Anstößiges sah, aber die sorgsame Tante desto mehr. Zweitens war Suschen so schön, wie nur jemals eine Susanne, selbst jene im alten Testament nicht ausgenommen, gewesen sein mochte. Drittens hatte sie ein beträchtliches Vermögen zu hoffen, und Tante dachte ihren Liebling nicht so gar wohlfeilen Kaufs dem ersten besten hinzugeben. Viertens war Suschen im höchsten Grade unerfahren, ob es ihr gleich nicht an löblicher Neu- und Wissbegier mangelte. — Zu diesem allen paßten die jungen Herren von Waiblingen sehr übel, denn erstens waren viele derselben recht hübsch, was durchaus nichts taugt; zweitens waren sie alle Freunde von Komödien und Romanen, sie hatten ein eigenes Liebhabertheater, und in Waiblingen nährten sich zwei Buchbinder mit Reich- und Lesebibliotheken — ein schlimmes Zeichen unserer Zeit! Drittens hätte man ihnen wohl ihre artige Figur und ihre Romanleserei verzeihen können, aber die wenigsten hatten ein Vermögen, welches sich gegen die Rosmarinischen Güter auf die Wag- schale legen, oder einen Rang, der sich mit dem Ober- steuerratthalter vergleichen ließ. Denn selbst ein Bürger- meister von Waiblingen — lieber Himmel! — wie wenig wollte das taaten: und alle übrigen Honoratioren, kleine

### Badischer Landtag.

Die Zweite Kammer beschloß in ihrer gestrigen Sitzung zunächst über die Wahl des Abg. Schöpffe weitere Erhebungen zu machen. Sodann wurde die Sozialdebatte über das Budget des Ministeriums des Innern fortgesetzt. In der Debatte, die sich über das weitverzweigte Gebiet der Polizei und inneren Verwaltung erstreckte, beteiligten sich eine große Anzahl Redner. Von Seiten der sozialdemokratischen Fraktion sprach Gen. Geiß sich entschieden gegen die Mitwirkung der Bezirksämter bei der Verhängung des Militärboykotts aus. Gen. Bösch brachte Beschwerden über große Mißstände beim Bezirksamt Lörrach vor und kritisierte die Haltung der Bürgermeister und Polizeidiener bei der Wahl in Lörrach-Land. Gen. Büttger wandte sich gegen die Uebertreibungen des Abg. Rödel in Sachen der Bekämpfung unfittlicher Bilder und plädierte für die Unterstützung des Dürerbundes. In einer längeren Rede ging der Minister auf die verschiedenen Beschwerden und Wünsche in entgegenkommender Weise ein.

#### 27. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 10. Februar.

Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung gegen 1/4 10 Uhr. Im Regierungssitz: Minister v. Bodmann. Eingegangen sind Petitionen: des Vereins badischer Güterschaffner um Verbesserung ihrer Einkommensverhältnisse; der Bürgermeister und anderer Interessenten aus den Gemeinden Ringolsheim und Kronau um Einmündung der geplanten Automobillinie „Destrigen—Hauptbahn“ in Ringolsheim.

Ueber die Wahl des Abg. Schöpffe (Konf.) im 46. Wahlkreis Dursach-Etlingen-Forsheim berichtet

Abg. Wittmann (Zentr.): Ein Stimmzettel für den Kandidaten Müller, der einen kleinen Miß hat, wird von der Kommission für gültig erklärt. Ebenso wird ein weiterer mit einem Gedicht versehenen Stimmzettel für Lohr von der Kommission mit 6 gegen 5 Stimmen gültig erklärt. Ein Wahlzettel in Bunsbach für Schöpffe, der besondere Kennzeichen trug, wird einstimmig als ungültig erklärt. Der Wahlakt in Reichenbach wird einstimmig als gültig erklärt. Eine Stimme in Speffart für Josef Kraft wird für ungültig erklärt, da Kraft am Wahltag noch nicht 30 Jahre alt und also nicht wahlberechtigt war. Ein Zettel für Harzer Wagner in Speffart wird für ungültig erklärt, da dieser in seinem Besitz nicht wählbar ist. Verschiedene andere Beanstandungen werden als unbedeutlich erklärt. Die Erhebungen über 2 Wähler ergab, daß diese nicht badische Staatsangehörigkeit besaßen, sondern Württemberger sind. Die Erhebungen wurden jedoch nicht in vollem Maße gemacht. Ich beantrage daher, hierüber weitere Erhebungen zu machen.

Abg. Süßkind (Soz.): Es sind mir bei dieser Position verschiedene Mängel aufgefallen. Die Frage der Armenunterstützung wurde auf normalem Wege durch die Bürgermeister geregelt. Bei den beiden Nichtbädern teilten die Bürgermeister mit, daß diese Württemberger und keine Bädener seien. Nachdem die Auskunft der Bürgermeister in den ersten Fällen genügt, so sollte dies auch im zweiten Falle sein, sonst besteht hier eine Verschiedenheit in der Behandlung, die merkwürdig berührt. Es liegt hier ein Widerspruch vor. Es könnte daher heute schon eine Prüfung vorgenommen werden, wenn man, wie es nötig ist, die gleichen Grundsätze gelten läßt, die bei anderen Wahlprüfungen auch bestimmend waren.

Abg. Wittmann (Zentr.): Ich sprach nur im Sinne der Kommission. Da es sich um wenige Stimmen handelt, ist eine genaue Prüfung nötig.

Der Antrag der Kommission auf weitere Erhebungen wird einstimmig angenommen.

Fortsetzung der Spezialdebatte über das Ministerium des Innern.

Abg. Spang (Zentr.) wünscht, daß bei den Bezirksämtern in Schönau auch die Landwirtschaft berücksichtigt werde.

Abg. Schell (Zentr.) macht einige Bemerkungen über die Tierärzte.

Abg. Graf (Zentr.) tritt für die Gemeindebeamten ein. Der Redner wünscht einen weiteren Amtstag für die abgelagerten Randgemeinden seines Wahlbezirks.

Abg. Schirmer (Zentr.) schließt sich den Ausführungen über die Gemeindebeamten an.

Abg. Rödel (Zentr.) will die Aufmerksamkeit auf die postlagerten Sendungen lenken, durch die die schneeflockige Schundliteratur vermittelt wird. Auch bei den postlagernden

Briefen ist Vorsicht bei jungen Leuten nötig. Die Schaulustler mit nackten Frauengestalten sind haarsträubend und verwerflich. Der Redner erwähnt einen Fall aus einer Gemeinde, wo ein junges Mädchen verführt wurde durch einen jungen Mann, der durch solche Bilder zu seinem Tun veranlaßt wurde. Der ausgedehnten Langerlaubnis sollte Embell geboten werden. Unter 21 Jahren sollten die Leute keinen Alkohol tragen dürfen.

Abg. Geiß (Soz.): Wir haben früher schon Klagen darüber geführt, daß es keine Arbeit der Polizeiorgane wäre, das Militär zur Durchführung des Militärverbots zu unterstützen, sondern daß dies das Militär selbst tun solle. In Waiblingen ist das Verbotstafel unserer Partei abgebrannt. Wir mußten daher abwechselnd in andere Lokale gehen. Es entstehen nun Schwierigkeiten und die Wirte werden geschädigt, wenn hierdurch Folgerungen zum Militärverbot gezogen werden. Es ist zu vermeiden, daß sich die Polizeiorgane hierzu hergeben. Einem Karlsruher Wirt, der sein Gewerbe als Wirt ausübte, wurde seine Wirtschaft unter Militärverbot gestellt, weil er einigen Arbeitervereinen sein Lokal überließ und daraus darin eingerichtet wurden. Der Wirt übernahm dann eine andere Wirtschaft ohne durch Militärverbot gestraft zu sein, bis auf einmal nach zwei Jahren solches wieder neu zum Vorschein kam, weil man darauf aufmerksam wurde, als sein Nachfolger in der ersten Wirtschaft um Aufhebung nachsuchte. Der Wirt ist nun wieder mehrmals um Aufhebung des Verbots nachgekommen, ohne daß er jedoch damit Erfolg hatte. Der Mann ist Sozialdemokrat, doch liegt deshalb kein Grund zu diesem Vorgehen des Bezirksamts vor. Es ist dringend zu verlangen, daß das schädigende Militärverbot aufgehoben wird und daß insbesondere sich die Polizei nicht dabei noch in den Dienst des Militärs stellt.

Abg. Martin (Zentr.) geht auf die Frage der Gemeindebeamten ein. Die Arbeiten für die soziale Gesetzgebung und für die Einquartierung belasten die Gemeindebeamten. Eine Vereinfachung im Gemeindefiskus ist zu empfehlen.

Präsident Rohrbach: Es sind zur Spezialdebatte noch etwa 30 Redner gemeldet. Ich bitte daher die Redner, sich möglichst kurz zu fassen, damit sich die Debatte nicht allzusehr hinauszieht. Ich befürchte, daß wir bis tief in den Sommer hinein tagen müssen, wenn wir so fortfahren.

Abg. Niederbühl (Nat.) wünscht, daß die Stellen der Bezirksbaukontrolleure etwas schneller verfaßt werden.

Abg. Hummel (Fortf.) unterstützt die Bestrebungen auf Verrückung der Gemeindefunktionen. Die Bestrebungen zur Bekämpfung der unfittlichen Literatur unterstützen wir. Die Darstellung des Nackten ist jedoch nicht unter allen Umständen unfittlich. Ich würde es daher bedauern, wenn in dieser Hinsicht eine allgemeine Kozzia stattfinden würde. Hier sollte das künstlerische Urteil berücksichtigt werden.

Abg. Dr. Blum (Nat.) hält die Vergrößerung der Mannheimer Schutzmannschaft besonders im Industriebezirk für begründet. Um jedoch befriedigende Zustände zu erzielen, müssen finanzielle Verbesserungen kommen.

Abg. Wassa (Fortf.) tritt für bessere Verhältnisse im Bezirksamt in Bahz ein, da die Verhältnisse dringend verbesserungsbedürftig sind. Man sollte endlich an einen Neubau denken und Bahz nicht vernachlässigen.

Abg. Engelhardt (Zentr.) äußert sich kurz zur Gemeindebeamtenfrage.

Abg. Dr. Verber (Nat.) hält es nicht für angängig, der vom Abg. Beck angeregten Versuch der ärztlichen Fortbildungskurse den Verzicht zur zwanzeiwelben Pflicht zu machen. Die Befreiung der Bezirksärzten sollte rascher erfolgen. Den Kampf gegen die Unfittlichkeit unterstützen wir. In der Frage des Geburtenscheidungs finden die neulichen Ausführungen des Abg. Köhler unsere Billigung.

Abg. Beger (Zentr.) unterstreicht die Ausführungen seines Fraktionsfreundes über die Radkluft. Beim Wohnungsbau sollte man den Leuten entgegenkommen.

Abg. Rösch (Soz.): Die Erledigung der Wangeffunde durch die Bezirksämter gab dem Kollegen Süßkind Anlaß, sich zum Bezirksamt in Bahz zu äußern. Ich möchte den Minister ersuchen, dem Bezirksamt in Bahz die Akten über den Leuant Biobemann in Bahz einzufordern, damit er sieht, wie in Bahz verfahren wird. Dann möchte ich noch auf die Wahl im Bezirk Bahz hinweisen, wo in Waiblingen, Uhingen und Gersbach mit besonders nationalliberalen Bürgermeistern und Gemeindebeamten Belegungen der Wahllochkarten sich zu schulden haben kommen lassen. Insbesondere wurden die amtlichen Wahlzettel zum Schleppdienst benützt, was unzulässig ist. Ich möchte die Aufmerksamkeit des Ministers hierauf lenken. Entweder sind diese Beamten über die Wahllochkarten nicht orientiert, oder sie haben sie verlegt. Die Bestrebungen zur Verbesserung der Gemeindebeamten unterstützen unsere Fraktion.

Abg. Weisshaupt (Zentr.) spricht zur Bezirksarztfrage.

Abg. Albiß (Zentr.) äußert sich zur Frage der Radkluft, wobei ein Bureaukratismus herrsche.

Kaufleute, Krämer, Ratsherren, vermögliche Handwerker, Zollinspektoren, Sekretärs Advokaten standen noch im Range dem Herrn Bürgermeister nach.

So ermog es Tantchen in der Stille ihres Herzens, und diesem zufolge hatte sie jederzeit ihre Maßregel gegen die elegante Welt von Waiblingen genommen. Suschen kam selten dahin, und selten kam ein junger Besuch von da herüber nach Nieder-Jahren.

Nach langen Ueberlegungen ward endlich im Familienrat, dem auch der Herr Verwalter beigeordnet worden, beschlossen, zwar die bürgermeisterliche Hochzeit zu besuchen, allein nicht ohne die größte Vorsicht.

Vor allen Dingen ward es der Tante überlassen, Suschen auf die Gefahren des Herzens aufmerksam zu machen, und auf die Klippen hinzuweisen, an welchen die Unschuld leicht zu scheitern pflegt. Denn soviel blieb ausgemacht, Suschen war in dem Alter, wo Schiffbruch möglich ist; und in einem Alter, wo man nicht mehr mit der Kasse und Puppe spielen will. Das gute Kind mußte also über allerlei Dinge belehrt werden, von welchem es bisher noch nichts gearnahmt hatte. Dmehin, wenn es nicht Konne werden sollte, mußte es sich in der Welt zeigen, um gesehen zu werden. Das fühlte Tantchen so gut wie jede Mutter, welche eine erwachsene Tochter wegzugehen hat, und endlich wegzugehen wünscht muß.

Von der anderen Seite sollte es auch der Herr Pfarrer nicht an geistlichem Zuspruch fehlen lassen. Der Herr Verwalter, welcher in seinen jungen Jahren ein guter Tänzer gewesen sein sollte, jetzt war er leider ein sechsundfünfzigjähriger Junggesell, verbrach Suschens Tanzsektionen zu erneuern. Bei der Hochzeit selbst verließen alle drei ihr Beites zu tun, daß das Mädchen beständig beobachtet und gehütet werde.

#### Vorübungen zur Hochzeit.

Daß nun Schneider, Schuster, Putzmakerinnen usw. in Bewegung und Nahrung gesetzt wurden, versteht sich von selbst. Tantchen wollte unter den Waiblingern standesgemäß erscheinen und allerdings auch der kleine Stolz war ihr zu verzeihen, durch Suschens Schönheit anzugehen.

Suschen freute sich über die festlichen Zurüstungen von Herzen — dergleichen war ihr lange nicht begegnet. Sie hielt ihren Tanzmeister gut in Atem, und bedauerte nur, daß seine sechsundfünfzigjährigen Füße nicht so beweglich, wie ihre siebzehnjährigen waren. Freude und Natur lehrten sie tanzen; Herr Säblein aber nahm das getrost auf seine Rechnung. Ihm selbst gefiel es gar wohl, sich in die eble, halbvergeffene Kunst einzuwüben, da er, laut Beschluß des Familienrats, auf der Hochzeit ausschließlich Suschens Tänzer sein sollte.

Leider ward aus dem Besten nichts, und zwar aus folgender Ursache. Dem Tag vor dem Fest wurden alle Tänze zum letztenmal wiederholt. Da der Herr Pfarrer und die Tante nun selbst Augenzeugen von Suschens Fortschritten sein wollten, griff sich Herr Säblein schon, ehe die Zuschauer kamen, über die Wägen an, wenigstens nicht schlechter zu tanzen, als seine gewandtere Schülern. Sie schwebte lustig umher, wie ein Schmetterling, und machte in der Sonne manchen Satz, der nicht minder schön, wenngleich außer der Regel war. Herr Säblein voller Entzünden beobachtete sich nicht lange und — vor Zeiten konnte er Entrechtas machen — wollte der Gipfel seiner Kunst zeigen. Er brachte seinen Kreuzsprung an; der erste mißlang halb, und der zweite ganz. Seine langen, dünn-geschmigelten Beine, die ihn sonst nicht zum Wortwurf ge- geben, verwirren sich nämlich so widernatürlich ineinander, daß bei der fortbauenden Bewegsamkeit des Kumpfes ein unerwartetes Unglück notwendig erfolgen mußte. Er fiel auf die untanzmeisterliche Weise zu Boden; und, wie eine stürzende Tanne alles blühende Gesträuch umher, riß er auch Suschen, die ihn noch immer dabei umgankelnde Sphylide nieder.

Da der Herr Pfarrer, welcher eben draußen im Be- griff war, die Tiere zu öffnen, den Fall hörte, von welchem selbst die Gundeften des Saufes erbebten, trat er eilfertig herein. Teils diese Eilfertigkeit, teils eine dem Herrn Pfarrer angeborene Kurzsichtigkeit, an die er sich in der Zerstreung nicht immer erinnerte, wurden Veranlassung eines zweiten Uebels. Er trat dem Tanzmeister aufs Weis-

Abg. Seubert (Zentr.) wendet sich gegen die Bevorzugung der Bezirksärzte in Rentenfragen und spricht über die ärztlichen Ehrengerichte.

Abg. Vöttger (Soz.): Es wäre notwendig gewesen, daß der Kollege Nödel eine scharfe Grenzlinie gezogen hätte zwischen Kunst und Kunst. Wir sind selbstverständlich dafür, daß Schundliteratur und Pöbel bekämpft werden müssen. Doch darf hier nicht verallgemeinert werden.

Abg. Dr. Gerber (Natl.) wendet sich gegen den Abg. Seubert in der Frage der ärztlichen Ehrengerichte.

Abg. Seubert (Zentr.) bemerkt dagegen, daß seine Ausführungen korrekt gewesen seien.

Abg. Seubert (Zentr.) äußert sein Ersauern darüber, daß die Ärzte bei den Ehrengerichten die Minderheit und die Juristen die Mehrheit haben sollen.

Minister v. Rodman: Die Frage der Vertretung der Landwirte beim Bezirksrat Schönau wird geprüft werden, ebenso die Frage eines weiteren Amtstages im Bezirk Engen.

Abg. Nödel (Zentr.) äußert sich über die Wunsche bezüglich des Gemeinbeamtengesetzes, die bereits von mir behandelt. Ich möchte mich hier zu dem Herrn Dr. Gerber nicht verhalten, da ich sie ein Ehrenamt bekleiden und durch das Vertrauen der Einwohner auf ihren Posten berufen wurden.

Abg. Nödel (Zentr.) äußert sich über die Wunsche bezüglich des Gemeinbeamtengesetzes, die bereits von mir behandelt. Ich möchte mich hier zu dem Herrn Dr. Gerber nicht verhalten, da ich sie ein Ehrenamt bekleiden und durch das Vertrauen der Einwohner auf ihren Posten berufen wurden.

Abg. Nödel (Zentr.) äußert sich über die Wunsche bezüglich des Gemeinbeamtengesetzes, die bereits von mir behandelt. Ich möchte mich hier zu dem Herrn Dr. Gerber nicht verhalten, da ich sie ein Ehrenamt bekleiden und durch das Vertrauen der Einwohner auf ihren Posten berufen wurden.

Abg. Nödel (Zentr.) äußert sich über die Wunsche bezüglich des Gemeinbeamtengesetzes, die bereits von mir behandelt. Ich möchte mich hier zu dem Herrn Dr. Gerber nicht verhalten, da ich sie ein Ehrenamt bekleiden und durch das Vertrauen der Einwohner auf ihren Posten berufen wurden.

Abg. Nödel (Zentr.) äußert sich über die Wunsche bezüglich des Gemeinbeamtengesetzes, die bereits von mir behandelt. Ich möchte mich hier zu dem Herrn Dr. Gerber nicht verhalten, da ich sie ein Ehrenamt bekleiden und durch das Vertrauen der Einwohner auf ihren Posten berufen wurden.

Abg. Nödel (Zentr.) äußert sich über die Wunsche bezüglich des Gemeinbeamtengesetzes, die bereits von mir behandelt. Ich möchte mich hier zu dem Herrn Dr. Gerber nicht verhalten, da ich sie ein Ehrenamt bekleiden und durch das Vertrauen der Einwohner auf ihren Posten berufen wurden.

Abg. Nödel (Zentr.) äußert sich über die Wunsche bezüglich des Gemeinbeamtengesetzes, die bereits von mir behandelt. Ich möchte mich hier zu dem Herrn Dr. Gerber nicht verhalten, da ich sie ein Ehrenamt bekleiden und durch das Vertrauen der Einwohner auf ihren Posten berufen wurden.

Abg. Nödel (Zentr.) äußert sich über die Wunsche bezüglich des Gemeinbeamtengesetzes, die bereits von mir behandelt. Ich möchte mich hier zu dem Herrn Dr. Gerber nicht verhalten, da ich sie ein Ehrenamt bekleiden und durch das Vertrauen der Einwohner auf ihren Posten berufen wurden.

Abg. Nödel (Zentr.) äußert sich über die Wunsche bezüglich des Gemeinbeamtengesetzes, die bereits von mir behandelt. Ich möchte mich hier zu dem Herrn Dr. Gerber nicht verhalten, da ich sie ein Ehrenamt bekleiden und durch das Vertrauen der Einwohner auf ihren Posten berufen wurden.

Abg. Nödel (Zentr.) äußert sich über die Wunsche bezüglich des Gemeinbeamtengesetzes, die bereits von mir behandelt. Ich möchte mich hier zu dem Herrn Dr. Gerber nicht verhalten, da ich sie ein Ehrenamt bekleiden und durch das Vertrauen der Einwohner auf ihren Posten berufen wurden.

Abg. Nödel (Zentr.) äußert sich über die Wunsche bezüglich des Gemeinbeamtengesetzes, die bereits von mir behandelt. Ich möchte mich hier zu dem Herrn Dr. Gerber nicht verhalten, da ich sie ein Ehrenamt bekleiden und durch das Vertrauen der Einwohner auf ihren Posten berufen wurden.

Abg. Nödel (Zentr.) äußert sich über die Wunsche bezüglich des Gemeinbeamtengesetzes, die bereits von mir behandelt. Ich möchte mich hier zu dem Herrn Dr. Gerber nicht verhalten, da ich sie ein Ehrenamt bekleiden und durch das Vertrauen der Einwohner auf ihren Posten berufen wurden.

Abg. Nödel (Zentr.) äußert sich über die Wunsche bezüglich des Gemeinbeamtengesetzes, die bereits von mir behandelt. Ich möchte mich hier zu dem Herrn Dr. Gerber nicht verhalten, da ich sie ein Ehrenamt bekleiden und durch das Vertrauen der Einwohner auf ihren Posten berufen wurden.

Abg. Nödel (Zentr.) äußert sich über die Wunsche bezüglich des Gemeinbeamtengesetzes, die bereits von mir behandelt. Ich möchte mich hier zu dem Herrn Dr. Gerber nicht verhalten, da ich sie ein Ehrenamt bekleiden und durch das Vertrauen der Einwohner auf ihren Posten berufen wurden.

Abg. Nödel (Zentr.) äußert sich über die Wunsche bezüglich des Gemeinbeamtengesetzes, die bereits von mir behandelt. Ich möchte mich hier zu dem Herrn Dr. Gerber nicht verhalten, da ich sie ein Ehrenamt bekleiden und durch das Vertrauen der Einwohner auf ihren Posten berufen wurden.

Abg. Nödel (Zentr.) macht nochmals auf den Schaden mancher Widwerke für die Jugend aufmerksam.

Abg. Hummel (Fortschr.) weist darauf hin, daß die Unfittlichkeit auf dem Wege der Erziehung bekämpft werden soll und schließt sich den Ausführungen des Abg. Vöttger über die Akademie für jedermann in Mannheim an.

Abg. Storch (Natl.) spricht zur Frage der Einquartierung. Abg. Nödel (Zentr.) spricht über eine Frage des Kreis-Ausschusses seines Bezirks.

Abg. Griesler (Zentr.) dankt der Feuerwehrunterstützungskasse für die Hilfe in Billingen und äußert hierzu verschiedene Wünsche. Die Unterstützungskasse sollte die Feuerwehren bei der Haftpflichtversicherung unterstützen; es sollte hier eine Generalpolice abgeschlossen werden.

Die Abg. Nödel (Zentr.) und Schell (Zentr.) äußern Bezirkswünsche. Abg. Schell weist auf die Vorteile der Strohdächer gegenüber Ziegeldächern hin.

Abg. Nest (Natl.) unterstützt die Ausführungen des Abg. Griesler über das Feuerwehrwesen.

Minister v. Rodman: Die vom Abg. Schell mitgeteilten Zahlen über die Kosten der Wasserversorgung sind nicht richtig. Regierungsrat Leers äußert sich zu den Fragen des Feuerwehrwesens.

Die Landesfeuerwehrunterstützungskasse leistete bis jetzt schon Unterstühtungen, wenn ein Unfall beim Wachdienst vorkommt. Im übrigen ist es jedoch nicht mehr recht als billig, daß die Unternehmungen, wie Theater usw., hier eingreifen und in der Haftpflichtversicherung unterstützen.

Abg. Griesler (Zentr.) weist nochmals auf die Frage der Versicherung der Feuerwehren hin. Es soll verhindert werden, daß sich die Feuerwehr mit dem Unternehmer befreundet. Der Abschluß einer Generalpolice ist zu empfehlen.

Regierungsrat Leers berichtet über die Ausführungen Grieslers über die Zahlungspflicht der Versicherungen bei Unfällen.

Eingelaufen ist ein Antrag Schirrmeyer (Zentr.) und Genossen betr. Aufhebung des Verbots der Motorboote beim Fischen.

Nächste Sitzung: Donnerstag vormittag 9 1/2 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Spezialdebatte; sodann Bericht und Beratung des Kapitels Gewerbeaufsicht und Durchführung der Reichsversicherungsordnung (Berichterfasser: Abg. Vöttger).

Schluß der Sitzung: 1 1/2 Uhr.

In der Budgetkommission stand gestern nachmittag das Budget des Ministeriums des Kultus und Unterrichts zur Beratung.

Der Titel Ministerium wurde debattelos genehmigt, der Titel Kultus und Unterrichts der Sozialdemokraten. Die Statistik über das Schulwesen für die Jahre 1900-1910 ist gegenwärtig im Druck und wird im Laufe dieses Jahres noch dem Landtag zugehen.

Die Statistik enthält u. a. Mitteilung über die Verteilung der Volksschulanten zwischen Staat und Gemeinde seit dem Jahre 1912. Auf eine Anfrage, ob die Regierung nicht bereit sei, wegen einzelner Forderungen des Kultusbudgets mit den Kirchenbehörden bezüglich einer Abmilderung in Unterhandlungen zu treten, erklärt der Minister, daß er dazu sich nicht leicht entschließen könne, da die Gefahr bestehe, daß dann die ganze Frage grundsätzlich aufgerollt werde.

Bei den Hochschulen ist der Staatsbeitrag erheblich gestiegen, und zwar bei der Heidelberger Universität um 480 000 Mark, bei der Freiburger Universität um 81 000 M., und bei der Technischen Hochschule in Karlsruhe um 16 000 M. Aus der Mitte der Kommission wird die Anfrage gestellt, ob nicht Versuche zur Erhöhung der Einnahmen gemacht worden seien.

Der Minister erklärt, daß in Preußen und Bayern von den Kollegengeldern Abzüge gemacht werden, deren Ertrag für einen Dispositionsfond verwendet wird. In Preußen seien die Kollegienhonorare bis zu einem bestimmten Betrag fixiert. Im übrigen werde der Fond für persönliche und sachliche Aufwendungen in Anspruch genommen.

Würden wir in Baden zu derselben Maßregel übergehen, so müßten wir die Gehälter verschiedener Professoren erhöhen. Der Staat hätte also nur höhere Ausgaben. Die Erhöhung der Einnahmen aus der Verteilung des Doktortitels kann der Minister nicht befürworten. Er sei bestrebt, die Promotionen eher zu vermindern, als zu erhöhen.

Der Doktorstitel solle nur für gebogene wissenschaftliche Leistungen erteilt werden. Bezüglich des theologischen Studiums habe das erzbischöfliche Ordinariat eine Erhöhung der Zahl der Semester von 6 auf 8 und demzufolge eine Vermehrung der theologischen Ordinariate um drei beantragt. Darüber müsse erst mit der theologischen Fakultät verhandelt werden.

Die Befragung einer philosophischen Professur an der Freiburger Universität mit einem gläubigen Katholiken sei sehr schwer, da es an diesbezüglichen Anwärtern fehle. Aus der Mitte der Kommission wird der Wunsch geäußert, die Errichtung von Kliniken seitens der Privatdozenten und Extraordinarien zu erleichtern, es liege das auch im Interesse der Patienten. Die bestehenden Kliniken der Ordinarien seien meistens überfüllt.

Der Minister erklärt demgegenüber, daß diesem Wunsche kaum entgegen zu werden könne, da es bei der großen Zahl von Medizinstudierenden jetzt schon oft an dem erforderlichen Krankenmaterial fehle. Auf Anfrage erklärt die Regierung, daß die Zahl der ausländischen Studenten im Gegensatz zu den anderen deutschen Staaten nicht kontingentiert sei. Mit der Zeit werde das allerdings zu Schwierigkeiten führen. Die Zahl der ausländischen Studenten sei in Heidelberg größer als in Freiburg.

Bezüglich des Studiums der Mädchen erklärt der Minister, daß die Zahl der weiblichen Studierenden erheblich größer sei, als das praktische Bedürfnis nach weiblichen Akademikern. In der Regel schließt das Studium der Mädchen, insbesondere wenn sie nicht vermögend sind, mit einer großen Enttäuschung ab. Die Zahl der studierenden Frauen habe in ganz Deutschland im letzten Jahre 3003 betragen.

Davon entfallen auf Preußen 2488, auf Bayern 203, auf Baden 175, auf Sachsen 166, auf Hamburg 78, auf Hessen 68 und auf Württemberg 62. Auf das Ausland kommen 272 weibliche Studierende. Der Minister hält die auf Baden entfallende Zahl der weiblichen Studierenden für außerordentlich hoch. Bezüglich der Fortwissenschaften Studierenden hält der Minister

die Kontingentierung der zum Staatsexamen zugelassenen Studenten auf die Dauer nicht für möglich.

In der Beamtenkommission erklärten in der gestrigen Sitzung die Vertreter der Regierung, eine Aenderung in den bestehenden Verhältnissen der Beamten im Sinne der dem jetzigen Landtag zugegangenen Petitionen könne im Hinblick auf die geplante Revision des Gehaltsstufens nicht vorgenommen werden.

Es sei eine gründliche Reform der Verhältnisse notwendig. Eine diesbezügliche Vorlage werde dem nächsten Landtag zugehen. Würde man jetzt der einen oder der anderen Kategorie der Beamten Zugeständnisse machen, so würde das nur wieder Unzufriedenheit hervorrufen. Soeben gab die Regierung eine eingehende Erläuterung der Maßnahmen, die seit dem letzten Landtag ergriffen wurden hinsichtlich der Verbesserung der Lage einzelner Beamtengruppen, wobei sie feststellte, daß verschiedene Härten des bestehenden Gehaltsstufens beseitigt worden seien.

Eine Verbesserung der Beförderungsverhältnisse sei mit einer erheblichen finanziellen Mehrbelastung verbunden. Viele Beschwerden können nur durch eine Reform des Gehaltsstufens behoben werden. Die Mitteilungen der Regierungsvertreter werden dem Landtag schriftlich zugehen.

Badische Politik. Zur Nachwahl im 7. Reichstagswahlkreis.

Nach der am 7. Februar durch den großh. Wahlkommissar vorgenommenen amtlichen Ermittlung wurden bei der am 3. Februar 1914 im 7. badischen Reichstagswahlkreise (Kehl, Oberkirch, Offenburg) stattgefundenen Erziehungswahl 24 914 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen 9 616 auf Stadtrat und Kaufmann Leopold Bölich in Karlsruhe (Ntl.), 12 259 auf Professor Dr. Josef Wirth in Freiburg (Str.) und 3 032 auf Redakteur Franz Geiler in Mühlhausen (Soz.); 7 Stimmen waren zerplittert. Es ist somit Stichwahl zwischen Bölich und Wirth erforderlich.

An die sozialdemokratischen Wähler des 7. badischen Reichstagswahlkreises.

Die sozialdemokratischen Wähler des 7. badischen Reichstagswahlkreises haben am Samstag, den 14. Februar, die Entscheidung über die künftige Vertretung des Kreises im Reichstage in der Hand. Die Sozialdemokratie selbst ist aus der Stichwahl ausgeschieden. Sie erachtet es aber als einen Akt politischer Klugheit und politischen Pflichtgefühls, in den bevorstehenden Stichwahlkampf trotzdem aktiv einzugreifen. Sie hat zu entscheiden zwischen zwei politischen Gegnern, von denen der eine in einer Reihe wichtiger reichspolitischer Fragen im Sinne unserer an ihn gestellten Forderungen ehrenwörtliche und schriftliche Verpflichtung übernommen, während der zweite die Vertretung einer Partei verkörpert, die nicht nur politisch, sozial und kulturell als der gefährlichste Feind eines gesunden Fortschritts gilt, die vielmehr auch im Kampfe mit dem politischen Gegner die Verleumdung aller politischen Moral zum Prinzip erhoben hat. Deshalb sind es nicht nur die materiellen Interessen, sondern auch die politische Ehre, die die sozialdemokratischen Wähler bestimmen müssen, am Samstag geschlossen zur Wahl zu gehen und die Stimme für den nationalliberalen Kandidaten Bölich abzugeben, um der Partei des strapuzelosen Volksverrats und der scham- und gewissenlossten politischen Kampfmagazine die reichlich verdiente Niederlage zu bereiten.

Mühlhausen, 9. Februar 1914. Der sozialdemokratische Kandidat, F. Geiler, Redakteur.

Aus dem 7. badischen Wahlkreis schreibt man uns: Jetzt in der Stichwahl appelliert die Zentrums- und ihre Agitatoren an die Katholiken, ja nur dem gut katholischen und christlichen Zentrums-kandidaten Professor Wirth ihre Stimme zu geben.

Sie sollen keinen Mann, der der evangelischen Konfession angehört, wählen, denn die protestantischen Hanauer wählen auch keinen Katholiken. Das ist aber echte Bauerfängerei und Zentrumslogik. Bei der letzten Reichstagswahl 1912 mußten die guten Christen und Katholiken im Pforsheimer Kreis auf Kommando des Herrn Wacker für den Freimaurer und Schatzmacher Wittum stimmen, im Karlsruher Kreis für einen Anhänger des Hausbundes und Israeliten, bei der letzten Landtagswahl für die drei Liberalen vom rechten Flügel, Niederbühl, Bitter und Krauth, und das alles hat dem Seelenheil der gut katholischen Wähler nichts geschadet. Die Vergangenheit des Zentrums war immer und immer politische Grundlosigkeit.

Das Zentrum setzt große Hoffnungen, aus unsern Kreisen Suffrag für die Stichwahl zu bekommen. Das müßten aber traurige Selbsten von Sozialdemokraten sein, die für den Zentrumsprofessor stimmen würden, genau so traurig wie die, die aus Verärgerung bei der Finanzreform rot wählten und jetzt wieder für die schwarze Lügenpartei eintreten, die die hohen Lebensmittelpreise und die 5000 Milliarden-Schuldenlast auf dem Gewissen hat. Der deutsche Michel läßt sich aber immer und immer wieder das Fell über die Ohren ziehen. Viele Arbeiter wählen noch immer in ihrer Blindheit Zentrum in einer Zeit, wo man im preussischen Abgeordnetenhause von seiten der Konserverfabriken im Bunde mit dem Zentrum für die nächsten Schutzabstufungen einen Zoll auf Kartoffeln von 6 M. für Bohnen, Erbsen, Spinat ein solcher von 30 Mark, auf Kernobst 15 bis 30 Mark, auf Blumenkohl 20 Mark erheben will, wodurch die angeführten Produkte wieder eine Steigerung erfahren würden. Dem armen Mann will also das Zentrum noch die Kartoffeln verteuern und der Zentrumskandidat Prof. Wirth hat sich in Zunsweier auch für die Erhöhung des Zolles auf Eier ausgesprochen. Der Preis für Eier von 12 bis 14 Pf. pro Stück ist dem Herrn Professor noch zu billig. Für jeden aufgeklärten Arbeiter kann deshalb am Stichwahltag die Parole nur heißen: Keine Stimme dem Zentrum, keine Stimme dem Zollprofessor Wirth, der andere Parteien von seiner Professorenwarte aus als „soziales Gefindel“ beschimpft, der unsern Kandidaten Geiler gegenüber von „Hausbureien“ spricht! Wählt Mann für

Kunst und Wissenschaft.

Ein deutscher Technikerkongress zur Beratung der Patentgesetzreform findet am 15. Februar ds. J. im Lehrervereins-hause zu Berlin statt. Der Kongress wird vom Bund der techn.-industriellen Beamten, dem Deutschen Techniker-Verband und dem Deutschen Werkmeister-Verband, die zusammen rund 120 000 Mitglieder zählen, gemeinschaftlich veranstaltet und hat den Zweck, zu dem Vorentwurfe eines neuen Patentgesetzes, soweit darin die Interessen der technischen Angestellten berührt sind, Stellung zu nehmen. Als Referate sind vorgesehen: 1. Erfinderrechts- und Anmeldeverfahren. 2. Die Angestelltenverhältnisse. 3. Die Patentgebühren. — Außer den übrigen Angestelltenverbänden sind die Reichs- und Staatsregierung, die Parteien des Reichstages und sonstige interessierte Körperschaften sowie die Tagespresse eingeladen.

Kunst und Wissenschaft.

Ein deutscher Technikerkongress zur Beratung der Patentgesetzreform findet am 15. Februar ds. J. im Lehrervereins-hause zu Berlin statt. Der Kongress wird vom Bund der techn.-industriellen Beamten, dem Deutschen Techniker-Verband und dem Deutschen Werkmeister-Verband, die zusammen rund 120 000 Mitglieder zählen, gemeinschaftlich veranstaltet und hat den Zweck, zu dem Vorentwurfe eines neuen Patentgesetzes, soweit darin die Interessen der technischen Angestellten berührt sind, Stellung zu nehmen. Als Referate sind vorgesehen: 1. Erfinderrechts- und Anmeldeverfahren. 2. Die Angestelltenverhältnisse. 3. Die Patentgebühren. — Außer den übrigen Angestelltenverbänden sind die Reichs- und Staatsregierung, die Parteien des Reichstages und sonstige interessierte Körperschaften sowie die Tagespresse eingeladen.

Mann den Kandidaten der Liberalen, Herrn Kölsch! Arbeiter, Wähler! Gebt damit dem Zentrum für seinen struppelosen, verleumderischen Wahlkampf im Bunde mit der christlich-nationalen Arbeiterkraft, die mit ihrem...

Aus Offenburg schreibt man uns: Die Zentrumspartei ist in Wahlzeiten mit allen Mitteln bei der Hand, die Charakterlosigkeit der Wähler großzuziehen, um damit Profit und Erfolg zu erzielen. Keine Partei hat sich jemals so in die grasteften Widersprüche verannt, als wie diese. Bei der Wahl zum Landtag...

Herr Professor Dr. Birtz schreibt uns: Unter Berufung auf das Prehgesetz bitte ich zu berichten, daß es unrichtig ist, daß ich in einer Verammlung einen Zoll auf Eier verlangt habe. Im Gegenteil, ich habe darauf hingewiesen, daß ein badischer Liberaler, der die Stimmen der Sozialdemokraten erhalten hat...

Hopfenzoll. Die Zentrumspartei hat in der Zweiten badischen Kammer einen Antrag auf Erhöhung der Hopfenzölle eingebracht. Danach soll die Regierung darauf hinwirken, beim Abschluß von neuen Handelsverträgen die Hopfenzölle auf mindestens 60 Mk. pro 100 Kilo zu erhöhen.

Generalversammlung der bad. Signal- und Weidenwörter. Am Sonntag hielt der Verein badischer Signal- und fahrdienstleitender Weidenwörter seine 4. zahlreiche Generalversammlung ab. Nach Erledigung der umfangreichen geschäftlichen Tagesordnung wurde der Punkt 6 „Beschlussfassung über eine der Gr. Generaldirektion und dem Ministerium der Finanzen vorzulegende Eingabe wegen einer Ausgleichszulage“ besprochen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 10. Februar.

Am Bundesratsitz ist Staatssekretär Dr. Delbrück erschienen. Vizepräsident Dr. Baasche eröffnet die Sitzung um 1.15 Uhr; eingegangen ist die Novelle zum Kaligesez. Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt und zwar werden zunächst die zurückgestellten Bestimmungen über die Ausgaben, die Ausführung des Kaligesezes und die Einnahmen aus dem Abschluß von Kaligesezen mit der dazu vorliegenden Resolution vorgenommen.

Abg. Meyer-Gelle (Natl.): Von sozialdemokratischer Seite wird hier von der traurigen Gesundheitslage der Arbeiter in der Eisenindustrie gesprochen. Deshalb wird immer wieder von sozialdemokratischer Seite eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Es ist nicht leicht, über die wirklichen Verhältnisse ein klares Bild zu bekommen.

Abg. Blüher (Soz.): Während wir fortgesetzt eine größere Wächterinnenfürsorge und gezielte Regelung des Hebammenwesens verlangen, fordern die Anwärter eine weitere Besteuerung der Milch. Das ist die Politik der Satten gegen die Hungerigen. Unsere vorjährige Resolution auf Einstellung von Mitteln zur Förderung des Hebammenwesens ist in den großen Papierkorb gewandert. Die Regierung muß endlich für den Stand der Hebammen etwas tun, um dadurch auch der Nation zu helfen.

Abg. Krinas (Zentr.): Die Staubbelastung durch die Automobile auf den Landstraßen ist immer noch im Wachsen. Die Interessenten mögen sich besonders Automobilstraßen bauen, wo sie nach Drogenluft fahren mögen. Die öffentliche Gesundheit ist durch diese Materien sehr gefährdet. Ministerialdirektor Dr. Gmahl: Die starke Entwicklung des Autoverkehrs hat auch eine erhebliche Vermehrung der Staubmenge mit sich gebracht. In England ist man im Straßenbau so weit, daß man stundenlang Autofahrten unternehmen kann, ohne unter der Staubplage zu leiden.

weil, daß man stundenlang Autofahrten unternehmen kann, ohne unter der Staubplage zu leiden. In England verwendet man für diese Zwecke die ganzen Einnahmen aus der Benzin- und Autosteuer. In Deutschland ist man schon erheblich weit fortgeschritten und es werden umfassende Versuche gemacht. Ich hoffe, daß die Staubplage durch den Autoverkehr völlig verschwinden wird.

Abg. von Gaster (Natl.): Die Aufstellung einheitlicher Grundzüge zur Regelung der Arbeits- und Rechtsverhältnisse des Krankenpflegepersonals ist dringend notwendig. Die sozialdemokratische Resolution geht uns nicht weit genug.

Abg. Reube (B. Sp.): Die Quarantäne für einzuführendes Vieh namentlich aus Dänemark zu erleichtern ist dringend zu wünschen im Interesse der Fleischverarbeitung. Der Einschleppung der Maul- und Klauenseuche wird durch die Quarantäne doch nicht vorgebeugt. Sodann muß das Fleischbesetzgesetz geändert werden.

Abg. Frommer (Kons.): Für die wissenschaftliche Erforschung der Maul- und Klauenseuche müssen mehr Mittel bewilligt werden. Der Grenzschutz muß scharf gehandhabt werden. Dagegen könnten im Inland die Spermaeregeln milder durchgeführt werden.

Abg. Dombel (Vole) tritt für größeren Arbeiterschutz in den Bergwerken ein. Abg. Mumm (B. Sp.): Die Darlegung der Sozialdemokraten über die fittliche Not der in der Landwirtschaft beschäftigten Kinder ist übertrieben. Notwendiger ist das Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche. Auch für das Galtwirtschaftsgewerbe darf kein sozialpolitischer Stillstand eintreten.

Präsident des Reichsgesundheitsamts Dr. Bunn: Die Grundzüge, die das Reichsgesundheitsamt zur einheitlichen Regelung des Hebammenwesens beauftragt hat, sind der preussischen Regierung überwiesen worden. Die Verlegung des flachen Landes mit Gebirgen ist schwierig. (Bravo!) Aber unsere soziale Gesetzgebung hat auf diesem Gebiet viel gebessert. Außerdem ist von der privaten Wohltätigkeit Erhebliches geleistet worden. Die Aufhebung der Quarantänestationen für Schlachtwieh aus überseeischen Ländern würde einen Rückschritt bedeuten. Dann würden Viechkrankheiten eingeschleppt werden. Der Anreiz, unsere Truppen mit Gefrierfleisch zu ernähren, läßt sich nicht Folge geben. Bezüglich der Klagen über die Maul- und Klauenseuche bemerke ich auf die Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus.

Abg. Thumann (Fp.): Die Apotheker gehören dem Teil des Mittelstandes an, für den eine weitere Fürsorge dringend notwendig ist. Ein Abt- oder Malzweingesez ist dringend erforderlich.

Direktor v. Jonquieres: Ein Gesezentswurf zur Bekämpfung von Fälschungen von Malzweinen ist heute dem Bundesrat zugegangen.

Abg. Jädel (Soz.): Die Heimarbeit in der Spigenweberei ist besonders gefährlich.

Abg. Rist (Natl.): Der Vorredner hat vielfach übertrieben. Nicht nur die Arbeit ist gewachsen, sondern auch die Arbeitslosigkeit. Hygienische Einrichtungen beim Einfädeln gibt es genug. Sie werden aber von den Arbeitern meist nicht benutzt.

Abg. Poppe (Zentr.): In dem Viehseuchengesetz muß eine Aenderung dahin getroffen werden, daß den durch die Seuche betroffenen eine Entschädigung aus Reichsmitteln gezahlt wird.

Abg. Vogel (Kons.): Bei der Einführung fremder Weine müßten diese nicht nur im Wege der Analyse, sondern auch auf den Geschmack geprüft werden, damit der einheimische Weinbau geschützt wird.

Direktor v. Jonquieres: Das Reichsgesundheitsamt hat bereits Normativbestimmungen für das Nahrungsmittelwesen ausgearbeitet.

Abg. Dr. Strube (f. Wpt.): Den medizinischen Praktikanten müßte es gestattet sein, einen Teil des praktischen Jahres bei Ärzten durchzumachen.

Nach weiterer unerschöpflicher Debatte wird ein Antrag auf Schluß der Diskussion angenommen. Das Kapitel wird bewilligt und den Resolutionen zugestimmt mit Ausnahme der sozialdemokratischen betreffend das Krankenpflegepersonal, an deren Stelle die denselben Gegenstand behandelnde national-liberale Resolution von Gaster einstimmig angenommen wurde.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Weiterberatung des Etats, außerdem Denkschrift betreffend die Klagen bei den Berufsvereinigungen. — Schluß 7 1/2 Uhr.

Berlin, 10. Febr. Der Abgeordnete Schulz-Gesfurt (Soz.) hat an den Reichstagskanzler folgende Anfrage gerichtet: In einer Verammlung des Berliner Philologenvereins im Dezember 1913 hat der preussische Ministerialdirektor von Bremen mitgeteilt, daß in Kürze ein pädagogisches Zentralinstitut errichtet werden solle. Kann der Herr Reichstagskanzler darüber Auskunft geben, ob es sich bei diesem Plan um eine Zentralstelle für Preußen oder um ein pädagogisches Zentralinstitut für das deutsche Reich handelt?

Soziale Rundschau.

Wohnungsmangel. Der Landeswohnungsinспекtor hat über seine Beobachtungen von Wohnungsmängeln auf seinen Inspektionsreisen einen interessanten Bericht erstatten lassen, dem wir folgendes entnehmen: Sehr häufig traf der Landeswohnungsinспекtor Wohnungen, die nur wegen mangelhafter Instandhaltung zu beanstanden waren. Da gab es Fußböden mit großen Rissen und Löchern, durchgetretene Treppentufen, Wände, die seit vielen Jahren weder gestrichen noch tapeziert wurden, vom Rauch geschwärzte Kichen, morsche Fenster, die beim Öffnen auseinanderzugehen drohen, Decken, von denen große Stücke runtergefallen waren und ähnliche Mängel, die auf die Gleichgültigkeit, die Verlässlichkeit oder die Armut der Wohnungsinhaber und bei Mietwohnungen auch auf die Hausbesitzer zurückzuführen waren.

Häufig wurde Wandfeuchtigkeit getroffen. Gerade bei diesem sehr häufig angetroffenen Wohnungsmangel wird jeweils sorgfältig nach den Ursachen geforscht, die sehr mannigfacher Natur sein können. Oft ist nicht das Baumwerk feucht, sondern es hat sich nur infolge ungewöhnlicher Benützung (Kochen und Waschen im Zimmer, mangelhaftes Lüften u. a.) die Feuchtigkeit auf der Oberfläche der Wände niedergeschlagen. Hier kann allein eine bessere Wohnungshygiene helfen. Vielleicht steigt auch die Feuchtigkeit an der Mauer deshalb empor, weil infolge des Fehlens eines Kanals, besonders bei den an einen Winkel anstoßenden Wänden dem benachbarten Erdreich übermäßig viel Feuchtigkeit zugeführt wird. Betonieren der Wände und Anbringen eines Kanals da, wo das hochstehende Grundwasser mangel einer Isolierung ungehindert in den Mauer nach oben steigt. In der Rheinebene gibt es ganze Dörfer, in denen fast jedes Haus feuchte Mauerstellen zeigt. Wegen der großen Kosten einer nachträglichen Isolierung ist hier schwer Besserung zu schaffen.

Zu häufigen Beanstandungen führen die Abortverhältnisse, die oft geradezu alles zu wünschen übrig lassen. Der Landeswohnungsinспекtor hat Ortlichkeiten inspiziert, in denen er unter 10 Wohnungen kaum eine mit einem den einfachsten Anforderungen entsprechenden Abort vorfand. In manchen Häusern war eine derartige Einrichtung gar nicht vorgesehen, und die Bewohner waren ganz auf die Freundlichkeit der Nachbarn angewiesen. In anderen Fällen kamen nicht nur 2, sondern 3, 4 und mehr

Wohnungen auf einen Abort, der meist außerordentlich verunreinigt und schmutzig war.

Sehr häufig trifft man in Städten und auch auf den Dörfern völlig dunkle Küchen und Zimmer. Die Wände sind verschiedener Natur. Die Vermehrung der Bevölkerung hat vielfach dazu geführt, daß zwischen die mit dem Giebel nach der Straße gerichteten Häuser neue Häuser hineingeschoben wurden. Da zur Zeit der Errichtung dieser Bauten scharfe Bestimmungen über Gebäudeabstand nicht vorhanden waren, so konnte es nicht verhindert werden, daß der Nachbar rücksichtslos die Fenster der Küche und des Schlafzimmers verbaute. Durch Lichtschirme in ausreichender Größe kann manchmal Licht und Luft zugeführt werden. Vielfach ist aber auch dieser mit einigen Kosten verknüpfte Ausweg nicht gangbar und es wird auf die Außereingangsöffnung der finsternen Räume hingearbeitet sein. Wie sehr auch der Mangel an Verständnis für die primitivsten Anforderungen der Wohnungshygiene an diesen Mißständen schuld ist, geht daraus hervor, daß vielfach auch der Besitzer selbst durch den Anbau größerer Schuppen und anderer Wirtschaftsgebäude ihren Wohnungen Licht und Luft entziehen.

Die Handweber im Schwarzwald. Die Handweber auf dem Höhenwald waren im verflochtenen Jahre, abgesehen von einer kurzen, durch den Färbereistreik hervorgerufenen Arbeitsunterbrechung, gut beschäftigt. Der Handweberstand vermindert mehr und mehr und ist nur in wenigen Gemeinden noch vereinzelt anzutreffen. Die Kinderarbeit ist in ständiger Abnahme begriffen, da die Weber durch Anschluß der Spinnmaschinen an den Motor des Webstuhls in der Lage sind, die benötigten Spulen ohne Unterbrechung der Webarbeit jetzt selbst anzufertigen.

Die händische zweite Arbeitslosenabteilung in Freiburg i. S. die am 30. Januar vorgenommen wurde, ergab 206 Arbeitslose und 402 mit Notstandsarbeiten Beschäftigte. Die letzteren hat man merkwürdigerweise nicht als Arbeitslose gezählt. Am 31. Januar 1913 haben sich nur 84 Arbeitslose gemeldet, ein Beweis, wie auch in den Städten unter 100 000 Einwohnern — Freiburg zählt 85 000 — die Arbeitslosigkeit zunimmt. Die Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes für Baden, Württemberg, die Pösl und Esch teilte mit, daß innerhalb dieses Bezirkes im November 1913 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres 4145 Arbeiter weniger beschäftigt wurden und der Gesamtlohnansatz 219 000 Mk. wöchentlicher betrug. Die Arbeitslosen- und andere Unterstützung betrug 1912 pro Kopf 8,84 Mark, 1913 aber 13,86 Mk.

Gewerkschaftliches.

Meingarten, 9. Febr. Am Abend des Weltverbandes lautete das Thema des am Samstagabend in der Festhalle stattgefundenen Bildvortrags, der vom Metallarbeiterverband arrangiert wurde. Der hier bestens bekannte Referent Herr Schürmann — Stuttgart entlegte sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise. Der Vortrag hatte leider nur einen mäßigen Besuch aufzuweisen.

Drohende Aussperrung in der Schuhindustrie in Speier. Die von der Firma W. Ros in Speier angekündigte Aussperrung scheint größeren Umfang anzunehmen. Die Firma hatte bereits 120 Arbeiter entlassen; am Samstag haben nochmals 60 Arbeiter ihre Kündigung erhalten, so daß jetzt schon 280 Arbeiter bei der Aussperrung in Betracht kommen. Zugunsten streng fernzuhalten.

Knappschaffswahlen im Ruhrrevier. Am 31. Januar fanden in 7 Sprengeln des Ruhrreviers Knappschaffswahlen statt die durch Aufteilung auf großer Sprengel nötig geworden waren. Im christlichen Gewerkschaftsbereich herrschte schon Jubel. Am Montag soll Jaßtag sein, so schreiben sie in ihren Flugblättern. Doch es kam anders, als sie meinten. Von den 7 Sprengeln holte der Verband 4, die Christlichen 2 und die gelben Gewerkschaften 1. Die abgegebene Stimmenszahl verteilte sich folgendermaßen: Verband 1060, christlicher Gewerkschaften 474, gelber Gewerkschaften 161, Gelbe 418. In einigen Sprengeln gingen die Christlichen mit den Gelben zusammen, in einem Sprengel Christliche und polnische Gewerkschaften. — An der Stimmenszahl ist ersichtlich, daß die Gelben die Stellung der Christlichen nach und nach einnehmen.

Formerauskauf in Lauban. Bei der Firma Maschin-fabrik und Eisenwerk vorm. Schwarzkopf, Inh. Neeger, haben sämtliche Formen die Arbeit niedergelegt. Die Ursache dieser Arbeitsniederlegung ist in der beabsichtigten Einführung eines neuen Affordartises zu suchen, der für die Formner bedeutende Verschlechterungen bringt. Zugun von Formnern, Kernmachern und Gießereiarbeitern nach Lauban ist streng fernzuhalten.

Aus der Partei.

Vielschheim, 10. Febr. Heute hielt der hiesige Wahlverein seine Monatsversammlung ab, in welcher Gen. Jung-Karl-rube in einem Vortrag referierte über „Staat und Staatsformen“. Das Thema wurde vom Referenten meisterhaft behandelt, was seine bildende Wirkung auf die Zuhörer nicht verfehlen dürfte. Genosse Jung erntete wohlverdienten Beifall.

Neues vom Tage.

Drainschweig, 10. Febr. Der 24jährige Diener P. Log, der am 11. September v. J. in Gemeinschaft mit dem Kellerer Hannemann, der bei der Verfolgung durch einen Revolverbeschuß getötet wurde, den Wirtwirt und Fleischermeister Schneider in Braunlage ermordet und beraubt hatte, wurde zum Tode verurteilt. Wegen der schweren Diebstähle erkannte das Gericht auf 1 1/2 Jahre Zuchthaus.

Eine Stillschließungsaffäre in Duisburg. In Duisburg befaßt sich die Deffenlichkeit mit einer Sensationsgeschichte, die auf § 175 Str.G.B. basiert. Am Sonntagabend hatten sich etwa hundert teils als Damen verkleidete Männer zu einem Kostümfest vereinigt. Sie feierten Orgien, als plötzlich fünfzehn Kriminalpolizisten unter Führung eines Kommissars dem Gelage ein Ende machten. Bei Feststellung der Verbrechen ergab sich, daß Herren aus allen Schichten der Gesellschaft: Ärzte, Apotheker, Kaufleute, daneben Kellner als Damenimitatoren anwesend waren. Die Leute kamen aus Münster, Solingen, Dortmund, Essen, Berlin, Hamburg usw. Der Kriminalpolizei war bereits längere Zeit bekannt, daß derartige Orgien in Duisburg gefeiert werden. Als von der Duisfelder Polizei gemeldet wurde, daß am Sonntag in Duisburg Männer-Maskeball stattfinden sollte, nahmen Kriminalbeamte am Bahnhof Aufstellung und verfolgten gewisse maskierte Reisende. Auf ein bestimmtes Kopfschilde öffneten sich den bekannten Gästen die Türen zum Saal, in dem die Festlichkeit stattfand. Als Kriminalbeamte in den Saal eindringen, verjagte eine Anzahl Personen durch das Fenster zu entfliehen; diese Flüchtlinge wurden aber von den vor dem Hause postierten Kriminalbeamten verhaftet.

Der Rundflug um die Welt. Die Direktion der Panamaausstellung in San Francisco beschäftigt, den Preis für den Rundflug um die Welt auf eine Million Dollars zu erhöhen. Auch verschiedene Bedingungen bei der Zurücklegung der Strecke sollen bedeutend erleichtert werden, da die Zeit, in der die Strecke zurückzulegen ist, auf 120 Tage erhöht wurde.



Gewesen sein. Alles in allem, bei dieser Sitzung kam das Publikum voll und ganz auf seine Rechnung. Es muß aber anerkennend erwähnt werden, daß ohne Mithilfe der „Lassallianer“ die Veranstaltung in dem Umfange nicht hätte getroffen werden können. Zum Schluß fand Langbelustigung statt. Allen denen, welche zur Unterhaltung und Verschönerung der Sache beigetragen haben, sei dieser Dank abgestattet.

\* Eine zweite Damen- und Fremdenstiftung hält die Karnevalsgesellschaft des Gesangsvereins Vadenia am Sonntag, den 15. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Saale zum „Nühlen Krug“ ab. Für diese Sitzung hat wiederum die Artilleriekapelle Nr. 50 unter Schott's Leitung den musikalischen Teil übernommen. Eine große Anzahl der bewährtesten hiesigen Wänterredner, wie Bademüller, Deisinger, Allgeier, Stommel usw. werden durch erstklassige Wänterreden für Unterhaltung und Humor sorgen. Auch auswärtige Karnevalsgesellschaften werden Vertreter zu dieser Sitzung senden und dürfte somit allen Teilnehmern ein genügender Nachmittag in Aussicht stehen. Darum alle auf zum „Nühlen Krug“!

\* Der 2. Festhalle-Maschinenball wird Samstag, 21. Februar, in den festlich geschmückten Räumen der Festhalle abgehalten werden. Wiederum sind 800 Mk. zur Preisstiftung der schönsten und eigenartigsten Masken und der besten „Gruppen“ ausgesetzt. Personen, die nicht im Maskenloft oder im Ballanzug erscheinen, ist der Zutritt zu den Ballsälen nicht gestattet. Im Interesse der Erhaltung des festlichen Gepräges der Halle kann von dieser Vorschrift auch auswärtigen Ballbesuchern gegenüber feierlich Nachsicht erteilt werden. Der Eintrittspreis beträgt wieder 3,50 Mk. für den Ballsaal, 2 Mk. für die obere Galerie. Galeriebesucher, die am Tanze teilzunehmen wünschen, haben eine Zuschlagkarte zum Preise von 2 Mk. zu lösen (an der Abendkasse in der Festhalle). Von 12 Uhr ab spielt eine Tiroler Bauernkapelle in der Bierstube à la Münchener auf. Die Ballmusik stellen die Leibregimentkapelle und die Kapelle des 3. Bad. Feldartillerieregiments Nr. 50. Für das Belegen von Tischen und Stühlen in der Restauration im großen und kleinen Festhallsaal wird eine Gebühr von 50 Pf. für den Stuhl erhoben (Bestellungen bei der Ballkommission im Rathaus, Zimmer Nr. 41).

\* Lichtspiele — Metropoltheater. Mit einem Reigenprogramm warten für die nächsten Tage, bis einschließlich Freitag, 13. Februar, die Lichtspiel und das Metropoltheater auf. Der Name „große Woche“, mit dem das Programm angekündigt wird, ist wirklich berechtigt. Ernste und heitere Sachen wechseln in bunter Reihenfolge ab. Auerst verdient die prächtige Naturaufnahme Erwähnung. Der Film führt uns in das Argentinental in Italien, wir sehen da ganz wunderbare Bilder, herrliche Szenarien bieten sich dem Auge. Interessant, belehrend und unterhaltend ist auch die Gaumont-Week, besonders die Winterportaufnahmen sind eine Sehenswürdigkeit für sich. Für Heiterkeit und zwar für ausgelassene Heiterkeit sorgt der lustige Schwank „Arieg und Frieden“, das urkomische Lustspiel „Luna hat seine Frau verloren“, „Chefreunden“ und ab heute „Morix und die Familie Kumpelmeier“. Ernste Sachen sind die aus der Wirklichkeit gerissenen Stücke „Das Teufelschloß“ und „Eine heimliche Ehe“, die den Vorzug haben, daß sie sich von den so oft gesehenen sensationellen Liebertreibungen freigalten. Wer sich gut unterhalten will, wer aber auch einmal herzlich lachen will, der veräume nicht, den Lichtspielen oder dem Metropoltheater während der „großen Woche“ einen Besuch abzustatten.

\* Nebenstheater. Das hübsche Lustspiel „Engelstein“ mit Mira Nielsen in der Titelrolle wurde hier mit so großem Beifall aufgenommen, daß sich die Direktion veranlaßt sieht, diesen Film bis 13. Februar zu prolongieren. Außerdem enthält das Programm noch eine wertvolle Einlage in dem Film „Der letzte Tag“ von Dr. Paul Lindau mit dem großen Tragöden Albert Wolfmann als Hauptfigur. Aus den verschiedenen Rollen, unter denen sich die letzten Stunden eines menschlichen Lebens abspielen, hat hier der Verfasser den Fall eines Menschen herausgegriffen, der durch seine qualenden Gedanken sich selbst richtet.

### Letzte Nachrichten.

**Zum Straßburger Beamtenwechsel.**  
Straßburg, 10. Febr. Die Ernennung eines preußischen Beamten für Justiz und Kultus kommt hier nicht überraschend. Schon die bisherige Besetzung hat gezeigt, daß mit einer völligen Aenderung des Systems bei der

Personalauswahl für Elsaß-Lothringen gerechnet werden müsse. Die Annahme, daß man einen Elsaßer zum Justizminister bestellen werde, hatte von vornherein wenig Wahrscheinlichkeit für sich. Im übrigen ist der neue Minister für Elsaß-Lothringen für die hiesige Bevölkerung ein unbekanntes Blatt. Besser ist Ministerialrat Cronau bekannt, der zum Ministerialdirektor ernannt worden ist. Man schätzt ihn als einen tüchtigen Beamten. Mit dem scheidenden Ministerialrat von Traut verliert das Elsaß-Lothringische Beamtentum einen seiner tüchtigsten Vertreter, der besonders auf dem Gebiete des Wasserbaues, der für Elsaß-Lothringen so wichtigen Kanalfrage, als Autorität gilt.

### Reichstagswahl in Jerichow.

Burg, 10. Febr. Bei der heutigen Reichstagswahl im Wahlkreise Magdeburg 3 (Jerichow 1 und 2) erhielten Gutsbesitzer Schiele (Konf.) 11773, Expedient Haupt (Soz.) 11663 und Fleischermeister Kobelt (F. P.) 5539 Stimmen. Es ist somit Stichtwahl zwischen Schiele und Haupt erforderlich.

Bei der Hauptwahl 1912 erhielt der Konservative 9870, der Sozialdemokrat 11992 und der Fortschrittler 8291 Stimmen. In der Stichtwahl siegte damals Haupt (Soz.) mit 15263 Stimmen gegen den Konservativen, der 15256 Stimmen erhielt. (Die Entscheidung liegt auch diesmal wieder bei den Fortschrittler. D. Red.)

### Ärzte und Krankenkassen.

Berlin, 10. Febr. Bei der heutigen Besprechung zwischen den Vertretern der Ärzte und der Krankenkassen, die im Reichsamt des Innern stattfand, wurde über die Fassung der Ausführungsbestimmungen zu dem Berliner Abkommen vom 23. Dezember 1913 eine Einigung erzielt.

### Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus.

Berlin, 10. Febr. Nachdem im Abgeordnetenhaus der sozialdemokratische Abgeordnete Hoffmann zum Etat des Ministeriums des Innern 5 Stunden gesprochen hatte, erklärte Vizepräsident Dr. Porck, daß das stenographische Bureau ihm mitgeteilt habe, daß die Stenographen nicht mehr im Stande seien, die Verhandlungen noch länger aufzunehmen. Er schlage deshalb vor, die Sitzung abzubrechen und auf morgen zu vertagen. Das Haus erklärte sich damit einverstanden.

### Änderung des Militärstrafgesetzbuches.

Berlin, 10. Febr. Ein dem Reichstage heute zugehender Gesetzesentwurf betr. Änderungen des Militärstrafgesetzes ist eine Konsequenz des Gesetzentwurfes, der im vorigen Sommer aus Anlaß der Verurteilung der Referaristen in Erfurt aus der Initiative des Reichstages hervorgegangen ist. Er ermäßigt also die Strafen für eine Reihe weiterer Vergehen gegen die Disziplin entsprechend dem oben erwähnten Gesetz.

### Aufgehobene Beschlagnahme.

Leipzig, 10. Febr. Das Reichsgericht hat das Urteil des Landgerichts 1 Berlin betreffend die Einziehung und Unbrauchbarmachung von 43 Ansichtskarten aufgehoben und die Sache an das Landgericht 2 verwiesen. In der Begründung heißt es: Ein Bild deshalb für unzüchtig zu erklären, weil es einen nackten Körper darstellt, sei nicht zulässig. Das Urteil sei nicht haltbar, da es die Postkarten mit Unrecht in Waisch und Wogen für unzüchtig erkläre. Das Landgericht selbst habe anerkannt, daß die Reproduktion der Originalen durchaus gleichwertig sei. Deshalb habe auf Aufhebung des Urteils erkannt werden müssen.

### Zaures über die Epidemien im französischen Meer.

Paris, 10. Febr. In seiner „Humanité“ wendet sich Zaures in sehr scharfen Worten gegen die offiziöse Behauptung, daß die unter den Truppen ausgebrochenen epidemischen Erkrankungen durch die vom Neujahrslaub zurückgekehrten Soldaten eingeschleppt worden seien und

schreibt u. a.: Wenn es Garnisonen gibt, wo 30 Mann vom Hundert sich krank melden, wo die Krankenhäuser überfüllt sind und die verschiedenen Epidemien in manchen Garnisonen einen beunruhigenden Umfang annehmen, da liegt die Schuld daran, daß in den feuchten und gegen die Kälte ungenügend geschützten Kasernen die Soldaten ohne Vorkehrungen zusammengepfercht wurden, weil die Lagerstätten, die Ernährung und die Heizung unzureichend und das Schutzeug schlecht waren und weil alle diese Krankheitsursachen auf den Organismus der massenhaft in gewissenloser und unvernünftiger Weise eingestellten jungen Leute unheilvoll einwirken mußten.

### Der Anwaltsstreik in Italien.

Rom, 10. Febr. Der Anwaltsstreik, der in verschiedenen Städten Italiens herrscht, wird sich voraussichtlich über ganz Italien ausbreiten. Die Vereinigung der Anwälte hat gestern in Florenz eine große Versammlung abgehalten und beschlossen, alle Anwälte, die der Vereinigung angehören, aufzufordern, von Freitag ab zu streiken. Der Grund des Beschlusses liegt in dem Protest der Anwälte gegen das langsame Arbeiten der Gerichtsbehörden. Die letzten Reformen im Gerichtsverfahren wurden von der ganzen Versammlung für völlig überflüssig und ungenügend erklärt.

### Ministerreise in Schweden.

Stockholm, 10. Febr. Das Ministerium hat in einer Darstellung den König auf den Widerspruch aufmerksam gemacht, der hinsichtlich der Vermehrung der Wehrmacht zwischen den im Dezember 1911 aufgestellten Forderungen und den in der Rede des Königs an die Bauern gemachten Versicherungen besteht und an den König die Fragen gerichtet, ob der König den in Zusammenarbeit befindlichen Vorschlag nicht gutheißen wolle, wenn er nicht in allen Punkten die von den militärischen Sachverständigen aufgestellten Forderungen erfülle, selbst wenn der Vorschlag eine weitere Erhöhung der Effektivität der Landesverteidigung mit sich bringen würde, und 2. ob der König in irgend einer Beziehung im voraus einen Standpunkt bezüglich des kommenden Verteidigungsvorschlags gefaßt habe, ehe die konstitutionellen Ratgeber dem König ihren Vorschlag haben unterbreiten können. Auf die erste Frage antwortete der König, da er den Vorschlag der Regierung und die Erklärungen der Sachverständigen noch nicht gesehen habe, könne er diese Frage nicht beantworten. Daraus gehe hervor, daß er im voraus keinen Entschluß gefaßt habe. Auf die zweite Frage antwortete der König, daß er einen entscheidenden Entschluß nicht gefaßt habe oder habe fassen können, ohne erst die Erklärungen seiner konstitutionellen Ratgeber oder die Vorschläge des Staatsrats zu hören. Das Ministerium erklärte sich mit der Antwort des Königs nicht zufrieden. Am 9. Februar legte der Staatsrat dem König einen neuformulierten Entwurf vor. Hiernach sollte der König erklären, daß er nie beabsichtigt habe, in irgend einer Weise der kommenden Regierungsvorschläge zur Verbesserung des Landesverteidigungswesens vorzugreifen, daß diese Prüfung in jeder Beziehung konstitutionell sein und selbstverständlich nicht an einen im voraus gefaßten Standpunkt gebunden sein werde. Der König gab die endgültige Antwort, es sei nach der Verfassung klar, daß er nicht im voraus einen entscheidenden Entschluß in irgend einer Frage gefaßt habe oder habe fassen können, ohne erst die Erklärungen seiner konstitutionellen Ratgeber oder die Vorschläge des Staatsrats zu hören. — Gleichzeitig mit dem neuformulierten Entwurf hat der Staatsrat am 9. Februar dem König eine Erklärung unterbreitet, wonach, wenn der König beabsichtige, in politischen Angelegenheiten öffentliche Erklärungen abzugeben, das Ministerium über diese im voraus unterrichtet sein wolle. Hierauf antwortete der König, diese Anheimsstellung könne er nicht anerkennen, weil er sich nicht des Rechts herausheben lassen wolle, sich zu dem schwedischen Volke frei auszusprechen. Darauf gab das Ministerium heute seine Entlassung.

Stockholm, 10. Febr. Der König hat den gemäßigten liberalen Senator und Gouverneur von Kristianstad, Freiherr de Geer, mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.

# Fortsetzung des Total-Ausverkaufs

**„Drei Preise“**  
Ca. 120 Stück Tüll-Blusen  
schwarz, ecru, weiss  
früher bis Mk. 30.— jetzt Mk. 14.—  
Ca. 100 Woll-Blusen  
schwarz, weiss und farbig  
früher bis Mk. 10.— jetzt Mk. 4.50  
Ca. 50 Wasch-Blusen  
früher bis Mk. 4.50 jetzt Mk. 1.95

**„Drei Tage“**  
Die Restbestände  
in  
Wäsche, Hemdenfuch, Piqué, weißem  
Damast, Halbleinen, Bettuchleinen,  
Handtuch, Gebild Gerstenkorn,  
fertige Bettwäsche  
werden mit 7224  
**20%**  
Mittwoch  
Donnerstag  
Freitag  
verkauft.

**„Drei Preise“**  
Ca. 3000 Mtr. Kleiderstoffe  
Kostümstoffe, Cheviot, Popeline,  
Cachemir, Voile, Eolienne etc.  
Serie I früh. bis 3.— jetzt 1.—  
Serie II früh. b. 4.50 jetzt 1.50  
Serie III früh. b. 5.50 jetzt 2.—  
Unterröcke  
Serie I 5.50 Serie II 3.50 Serie III 2.—

# Kaufhaus Jakob Löwe Karlsruhe Kaiserstraße 46

Unruhen in Japan.

Tokio, 10. Febr. Heute Nachmittag drang die vor dem Parlament versammelte Menge, als ihr die Ablehnung des Misstrauensvotums mitgeteilt wurde, in die Höfe des Parlaments ein und versuchte, die Türen zu sprengen.

Tokio, 10. Febr. Bei dem Zusammenstoß zwischen der Polizei und der Volksmenge, die in den Hof des Parlaments eingedrungen war, sind auf beiden Seiten mehrere Personen verwundet worden.

Briefkasten der Redaktion.

S. i. R. Der Konfursverwalter hat das Recht, die Waren und Einrichtung freihändig zu veräußern; wenn er pflichtwidrig die Masse benachteiligt, so haftet er den Konkursgläubigern.

Vereinsanzeiger.

Saggsfeld (Soz. Bürgerausschußfraktion). Nächsten Donnerstag, 12. Februar, abends 7/9 Uhr, Sitzung im „Friedrichshof“ betr. Voranschlagsberatung.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

S. S., Söllingen. Wenn Ihre Frau den Bestellschein unterschrieben hat, ist nichts zu machen. Sie müssen die Maschine nehmen.

S. B., Bruchsal. Wenden Sie sich an das Auswärtige Amt in Berlin. Von dort wird das weitere beantragt.

S. B. 76. D. Konzession kann erteilt werden. Aber nur dann, wenn am Orte ein Bedürfnis vorhanden und wenn kein öffentlicher Arbeitsnachweis besteht.

rat zu richten. Besondere Gebühren hierfür werden nicht erhoben.

L. G., Egenstein. Unsere Behörde arbeitet bekanntlich nicht sehr schnell. Sie müssen sich schon noch etwas gedulden.

Buchhandlung Volksfreund

Am 17. Februar wird erscheinen: „Aus meinem Leben“ von H. Deibel, 3. Teil, geb. 2,25 Mk. Vorrätig sind 1. Teil 2 Mk., geb. 2. Teil 3 Mk.

Bestellungen werden jetzt schon angenommen.

Fieberkranken haben bei der hohen Körpertemperatur stets ein hartes Verlangen nach kühlenden Getränken. „Rufete“ in Wasser gelöst, geföhlt, und mit geringem Zusatz von Salz, wird in solchen Fällen gern gereicht und ist dafür auch bestens zu empfehlen, denn es wirkt erfrischend, führt aber zugleich dem durch das Fieber geschwächten Körper wichtige Nährstoffe zu, die zur Erhaltung der Kräfte dienen.

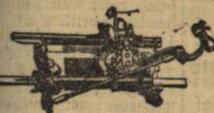
Gesangverein „Lassallia“ Karlsruhe

Sonntag, den 15. Februar 1914 in der Städt. „Festhalle“

Grosser Maskenball.

Saalöffnung 7 1/4 Uhr. Zwei Ballorchester. Ende gegen 3 Uhr. Närrische Kopfbedeckung obligatorisch und am Saaleingang erhältlich. Eintritt 1 Mk. Tanz frei.

Karten für Nichtmitglieder sind zu haben: im Zigarngeschäft Brehm, Schützenstr. 37, Hutgeschäft Th. Zenker, Kaiserstr. 65, Kaiser-Automat, Kaiser- u. Kronenstr. Ecke, Uhrengeschäft Billian, Karlstr. (Ecke Gutschstr.), „Neuer Kaiserhof“, Ecke Garten- und Lessingstr., Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstr.-Kaiserpassage, Restauration „Drachen“, Ecke Karl Wilhelmstr. und Bernhardstr., Vereinslokal „Auerhahn“, Schützenstr. und am Ballabend an der Kasse.



Der beste Erwerb für Hausindustrie ist ihrer vielen Vorteile wegen meine Strickmaschine

Unvergleichliche Leistungsfähigkeit, große Nadelspanns, Vermeidung von Fallmaschinen, große Plazierspanns. Strickunterricht gratis.

Eventuell liefern Garne und nehme die fertige Ware ab. Karl Ehrfeld, Karlsruhe, Kaiserstraße 99. — Telefon 102.

Jeder Dame,

welche ihr ausgefallenes Haar einsetzt, fertige schöne Zöpfe, Haarketten, Wappenerketten usw. billigt an. Defekte Haararbeiten repariere billig.

Karl Mösch, Friseur, Aue bei Durlach, 7094

Umzüge mit neuen Möbelwagen und Rollen (bei Regen gebaute Rollen) befragt billig 6610 Karl Müllinger, Reisingstr. 8a. Telefon 3565.

Städtisches Vierordtbad. Große Schwimmhalle.

Für Damen und Mädchen geöffnet: Werktag vormittags 9 bis 11 Uhr und nachmittags 2-1/2 bis 5 Uhr, mit Ausnahme Samstags nachmittags. Ferner Freitags abends von 6 bis 1/2 8 Uhr zu ermäßigtem Preis. Für Herren und Knaben geöffnet: Werktag vormittags 8 bis 9 Uhr und 11-2 Uhr, nachmittags 1/2 5-8 Uhr, Freitags nachmittags nur bis 6 Uhr, sowie Samstags vormittags 11 Uhr bis abends 9 Uhr und Sonntags 8-12 Uhr. „Auch über Mittag geöffnet“.

Pfannkuch & Co. Frisches Obst

in direkten Sendungen aus den Produktionsländern. 3 Waggon Spanische u. Italienische Blut-Orangen Stück 5-8. 1 Waggon Saffa-Orangen süße Frucht, fast ohne Kern Stück 6, 8 und 10. 1 Waggon Spanische (Blonde) Orangen Stück 4, 5 u. 6. 2 Waggon Französische Tafel-Äpfel 3 55 u. 60. Bestindische Bananen Pfund 32.

Von Mittwoch, den 11. bis Montag, den 16. Februar kommen in allen Abteilungen die

Restbestände der Weißen Woche weit unter Preis zum Verkauf.

Table listing various goods and their prices, including cretonne, damask, and bedspreads.

Die Restbestände in Trikotagen Normalhemden, Einsatzhemden, Beinkleider, Unterjacken, Winterqualitäten mit 25% Rabatt

Grosse Posten Damen-Wäsche Hemden, Beinkleider, Untertailen, Stickerl-Röcke, Nachthemden, Garnituren jetzt mit 30% Rabatt

Auf sämtliche Rester in Baumwolltüchern, Leinen, Halbleinen, Damast, Piqué u. Croisé, Bettkattun, Handtuchzeug, Gardinen, Linoleum, sowie in weissen, schwarzen und farbigen Damenkleiderstoffen, Herren- und Knabenanzugstoffen vom 11. bis 16. Februar 30% Rabatt

Auf sämtliche Artikel des regulären Lagers 10% Rabatt!

W. Boländer Karlsruhe. Kaiserstrasse 121.

